

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das **werttätige Volk**

Kontokonto: Geh. Hofsch., Dresden
und Köchliche Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abonnementspreis einschließlich Postgebühren mit der nächsten Unter-
schreibungsbeilage: 30 Pf. vierteljährlich, 10 Pf. monatlich, 1 Pf. wöchentlich.
Einzelnummer 10 Pf.
Telegraphische Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 2381. Sprech-
stunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis: Grundpreise: die 30 mm breite Raumzeile
10 Pf. die 10 mm breite Raumzeile 20 Pf. für einwöchige
Anzeigen: 40 Pf. und 25 Pf. Familienanzeigen: Stellen- und Ver-
mittlung: 40 Pf. wöchentlich. Für Kleinanzeigen 10 Pf.

Nr. 126

Dresden, Mittwoch den 1. Juni 1927

38. Jahrg.

Aus der bayerischen Unordnungszelle

Das Verbot des südbayerischen Republikanischen Tages — Die Wiederbelebung der Einwohnerwehr — Bayerische Staatsangelegenheiten

Von unserem Münchner Mitarbeiter wird uns geschrieben:
Vor kurzem verfügte der Münchner Polizeidirektor Kaniel das Verbot aller Versammlungen, die vom Reichsbanner vorgehen und seit Wochen angefündigt und vorbereitet waren. Aufstrebende könnten zu der Andienung kommen, es sei durch das Verbot wieder einmal ein brutaler, gegen links gerichteter Akt der Behörden zu verzeichnen. Das ist auch der Fall! Aber dieses Mal umkleidete man das seit Jahren bestehende Odium der Republikfeindschaft der verschiedenen bayerischen Regierungen — von Kahr, Knilling bis Feld — mit dem Gewande der Unparteilichkeit, indem auch gleichzeitig alle geplanten Versammlungen der Vaterländischen Verbände und der Rationalsozialisten unter das Verbot fielen. Damit hoffte man nach außen den Anschein zu erwecken, als habe die Regierung, aus der Sorge um das öffentliche Wohl, um die Aufrechterhaltung der Ordnung, Republikaner und ihre Gegner gleichmäßig behandelt.
In Wirklichkeit liegen jedoch die Dinge etwas anders. Seit Wochen haben die Vaterländischen Verbände und die Rationalsozialisten in gemeinsamer Weise gegen den Republikanischen Tag gehandelt, ohne daß die Polizeidirektion Veranlassung nahm, den Aufpunktungen der Leiber Warnungen entgegenzusetzen. Das geschah selbst dann nicht, als diese „Ordnungs“-zellenhüter in den letzten Tagen ein Flugblatt in Kiosken verteilten, das unter offenen Drohungen ein Verbot des Republikanischen Tages forderte. Schon am Mittwoch verlangten die Drahtzieher der „Vaterländischen“ kategorisch das Verbot, und noch am Freitag vormittags erschienen die nationalsozialistischen Abgeordneten Silberl und Professor Bauer bei dem Innenminister Stübel und drängten auf durchgreifende Vorbeugungsmaßnahmen gegen die Abhaltung des Reichstages. Daraufhin entschloß sich die Regierung zu dem Verbot. Der Unfall hat ihr dazu einen willkommenen Vorwand. Einige Tage zuvor war ein Rationalsozialist Girschmann in einer der sich in München für täglich abspielenden Messereien verwundet worden und seinen Verletzungen erlegen. Dieser Girschmann starb der Regierung der „Republik“ Bayern sehr gelegen. Bis zur Stunde liegen zwar noch keine Anzeichen vor, ob politische Kollide zu dem Tode des Girschmann Veranlassung gaben, aber die Ordnungsdemagogie stempelte den Verbliebenen sofort zum Wärtner ihrer „guten Sache“ und verteilte sich so weit, im Rathaus den — natürlich abgelehnten — Antrag zu stellen, der Stadtrat solle sich offiziell an der Beerdigung des Girschmann beteiligen und die Verjüngung seiner Familie habe das städtische Wohlfahrtsamt zu übernehmen.

Die Münchner Polizei begründete ihr Vorgehen u. a. mit dem Hinweis, daß „ähnliche Ereignisse vorbereitet worden seien“ und mit ihnen „für die nächsten Tage geröhnt werden müßte“. Kom wissen die Münchner Reaktionen so gut wie wir, daß vom Reichsbanner „ähnliche Ereignisse“ nicht vorbereitet werden. Tober ihre Mut über die Ruhe der republikanisch gesinnten Bevölkerung Münchens, die auch angesichts der Vorbereitungen des besagten Neutons Heines, der zur Unterstützung der vaterländischen Aktion „Truppen“ im Bahnhof aufstellte, um die eintreffenden Ertragszüge mit Strahlwaffen zu empfangen in der Hoffnung auf Fortsetzung in den Straßen, sich nicht erschüttern ließ. Was daneben die ehemaligen Generale des glorreichen Wilhelm, Kaiser, Malaise, der Oberst Schraudenbach und andere, an Verleumdungen, Lügen und Blödsinn über Umsturzpläne der Sozialdemokraten folgten, spottet jeder Beschreibung. Es ist nichts zu dumm — in München findet es immer ein Publikum!
Aber das Verbot hat auch den Neutons Heines des Volkstums einen Stich durch ihre Berechnungen gemacht. Denn gleichzeitig mit der Veranlassung des Reichsbanners wollten sie feierlich die Vereinigung der „Vaterländischen Verbände“, der Organisation „Bayern und Reich“ und der „Reichsflagge“, proklamieren. Im Anschluß daran sollte, wie gesagt wurde, „ohne Rücksicht auf außenpolitische Bindungen“ (1) die frühere Einwohnerwehr verstärkt in Aktion treten. Tatsächlich lebt die Erinnerung an die glorreiche Epoche, in der Sicherheit mit lehrer Orgeln die Wuppen der Regierungen Kahr und Knilling an seinen Drähten tanzten ließ, unverändert in den Gehirnen der mit Jagdgewehren“ vorzüglich versehenen treubayerischen Männer fort. Aber da die Paratei einer Wiederanfertigung der Kahr-Escherich-Garde einigen Führern der Sache zu groß wurde, zogen sie es vor, die Regierung zu benutzen, hinter deren Kulissen sie verschwinden konnten. Gehört es doch zu den Merkmalen bayerischer Eigenart, sich zur letzten Zeit mit einem „Aufbruch“ zu begnügen und sich in eine Referatstellung zu begeben.

Sind die Vorgänge der letzten Tage auch nur als eine Farce neben den traurigen Vorgängen früherer Jahre anzusehen — eine Parade von Stulphuben wollte den Sturm auf die Münchner Post im November 1923 nachahmen, zerstoß aber beim Rollen der Polizei —, so bleiben sie doch bedeutend für die latente Erstarrung besonderer bayerischer „Belange“ wie der Bereitwilligkeit, jederzeit das Bündnis der Bourgeoisie mit Bayern mit Antifeministen und dem Münchner Kampfenproletariat neu zu belegen. Es ist uns

richtig, alle gegen das Reich und die Republik gerichteten Kundgebungen in den Begriff „bayerisch“ zusammenzufassen; richtig ist es, sie als altbayerisch zu bezeichnen. In den Stammlanden der Mittelsböhden, in Ober- und Niederbayern, ist der Geist heimisch, aus dem die bayerischen „Belange“ konstruiert werden. Von je 30 Bewohnern des Freistaates sind 13 Franken, 6 Schwaben, und nur 11 können sich ihrer Stammesart noch als Bayern bezeichnen, weshalb sie sich ganz richtig Altbayern nennen. Dieses Drittel der Bewohner des von Napoleon I. zusammengegliederten Staates bestimmt bis jetzt noch die Politik des Freistaates. Denn aus diesem Drittel rekrutiert sich der Hauptteil der Wähler der Bayerischen Volkspartei. Velden Endes beruht diese Last auf der ökonomischen und der daraus folgenden politischen Rückständigkeit Altbayerns. Tober das fruchtbarste Vermögen unserer Regierungen, eine besondere politische Eigenart Bayerns zu konstruieren und das Bewußtsein einer Gegenständigkeit der Landesinteressen zu denen des Reiches wachzuhalten. Das ist der Grund, weshalb der partikularenistische oder, was dasselbe ist, der föderalistische Heißhunger der herrschenden Partei niemals gestillt werden kann; selbst dann nicht, wenn bei dem provisorischen Finanzausgleich Bayern ein ansehnliches Doucent verabreicht wird.

Wie jede Gelegenheit benutzt wird, einen Konflikt zwischen dem Reich und Bayern herauszubekommen, das zeigt unter anderem der scharfe Widerspruch unter Regierung gegen die vom Reichsrat beschlossene Zusammenfassung der Reichspartei bei der Reichstags-Überprüfung, die auf Grund des Schand- und Schmutzgesetzes errichtet wird. Hier verlangte die Regierung Geld, doch von den zwei an jeder Sitzung teilnehmenden Parteien immer einer dem „süddeutschen Kulturkreis“ angehören müsse. Der Reichsrat lehnte zwar diesen aus der Verbindung von Rückständigkeit und Ueberheblichkeit entstehenden Ursprung der Konstruktions eines

literarischen „norddeutschen“ und eines „süddeutschen Kulturkreises“ ab, was jedoch den bayerischen Reichsratsbevollmächtigten v. Wolff nicht abhielt, einen Protest gegen den Verfassungsschlüssel zu Protokoll zu geben. Mit solchen hohlen Demonstrationen möchte die Bureaucratie ihre Unfähigkeit verhehlen zu jeder Tätigkeit auf dem Gebiete dringender Staatsaufgaben; deren erste wäre die seit zehn Jahren betriebene und versprochene Vereinfachung der Staatsverwaltung. Nicht nur der bayerische Staat, sondern auch die Gemeinden und die Kreise stehen am Rande des finanziellen Zusammenbruchs. Da wäre ein Abbau der kostspieligsten Verwaltung aller deutschen Länder eigentlich eine Selbstverständlichkeit, wenn das Interesse an dem Weiterbestehen überflüssiger Beamtenexistenzen nicht vordringlicher wäre als das Allgemeininteresse. Während der Finanzminister Krauß nur zur Unterfütterung von Schuldscheinen nach Amerika gondelt — zu den bayerischen „Belangen“ gehört auch eine Bergnützungsbahn der Würdenträger bei Anleihen öffentlicher Körperschaften —, hat kein System der Staatsverschleierung die sozialdemokratische Landtagsfraktion zu dem (in der Dresdner Volkszeitung bereits veröffentlichten) Antrage veranlaßt, dem Landtage unverzüglich eine Nachtragsvorlage zu unterbreiten, in der sämtliche vom Reich dem Lande Bayern seit 1924 für bestimmte Zwecke übertriefenen und im Staatshaushalte in Einnahmen und Ausgaben nicht aufgeführten Geldbeträge im einzelnen ausgewiesen sind. In der Bauernbund geht noch weiter: er will auch wissen, wie die Liebesgaben des Reiches verwendet wurden. Wie unangenehm diese Anträge der Volkspartei und ihrer Koalitionsregierung sind, geht daraus hervor, daß die Minister sich auf den unbalkbaren Standpunkt stellen, die Verwendung dieser großen Millionenbeträge ginge die Volkvertretung nichts an!

Diese kleinen Momentbilder aus der „Ordnungszelle“ zeigen, wie wenig sich darin seit 1921 geändert hat. Immer noch bildet sie den toten Punkt innerhalb einer Woche, die ungestüm nach höherer Entwicklung und Abstoßung überlebensformen und Einrichtungen aus der Zeit der Monarchie drängt. Aber solange im Reich eine Bürgerblockregierung im Geiste der Bayerischen Volkspartei schaltet und waltet, wird auch die „Ordnungszelle“ am Leben erhalten bleiben.

Gefinnungslumperei als politisches Prinzip

Wirths Antwort an Marx

Im nächsten Heft der Zeitschrift Deutsche Republik veröffentlicht Dr. Wirth den unter dem 20. Mai an ihn vom Vorsitzenden der Zentrumsparlei, Reichszugler Marx, gerichteten Brief. Der Brief lautet:

„Sehr verehrter Herr Kollege! Zu meinem Bedauern bin ich genötigt, eine höchst unangenehme Angelegenheit zur Sprache zu bringen. Es handelt sich um die Rede, die Sie am 15. Mai dieses Jahres auf der Reichstagsversammlung in Königsberg gehalten haben. Nach den fast übereinstimmenden Berichten der verschiedenen Zeitungen haben Sie u. a. mit Bezug auf die bevorstehende Abstimmung über das Republikanengesetz geäußert, wenn die Monarchisten für das Republikanengesetz stimmten, so würde das vom Standpunkt der Monarchisten aus eine Schande sein. Die Handlungsweise sei aber verständlich, wenn man

die Gefinnungslumperei zum politischen Prinzip erhebt. An einer anderen Stelle sollen Sie nach den Berichten gesagt haben: Sorgen Sie dafür, daß die republikanische Regierung in Preußen bleibt und daß die nichtrepublikanische Regierung im Reich möglichst bald beschwunden wird. Das muß bei der nächsten Reichstagswahl entschieden werden.

Wegen dieser Äußerungen ist sowohl im Vorstand der Reichstagsfraktion wie beim interfraktionellen Ausschuss, insbesondere von den Mitgliedern der Deutschnationalen Partei, Beschwerde bei mir erhoben worden. Ich muß anerkennen, daß, wenn Sie diese Äußerungen wirklich getan haben sollten, das vom Standpunkt der Zentrumsparlei aus auf das tiefste zu beklagen wäre.

Es geht nicht an, daß ein hervorragendes Mitglied der Partei Angehörigen einer anderen, mit der Zentrumsparlei in Koalition befindlichen Partei den Vorwurf einer Gefinnungslumperei macht. Ganz unbegreiflich ist, wenn Sie in der Tat die Aufforderung an die Versammlung gerichtet hätten, die nichtrepublikanische Regierung im Reich möglichst bald zu leichten. Diese Bemerkung enthält einen unerhörten Angriff gegen die Regierung, die bis jetzt wirklich noch nicht im geringsten etwas getan hat, was den Vorwurf rechtfertigen könnte, sie verhalte sich feindselig gegenüber der bestehenden Staatsform der Republik. Die Bemerkung ist aber auch vom Standpunkt des Zentrums aus unverständlich, weil das Zentrum, nachdem die Sozialdemokratische Partei die Bildung einer Regierung u. a. möglich gemacht hatte, die jetzt im Amt befindliche Reichsregierung aus wohlwolligen staatsrechtlichen Gründen mitgeschaffen hat.

Ich muß Ihnen, in meiner Stellung als Vorsitzender der deutschen Zentrumsparlei, die Bitte vorlegen, mir umgehend eine Mitteilung darüber zugehen zu lassen, ob Sie die oben erwähnten Äußerungen tatsächlich gemacht haben. Für den Fall der Bejahung möchte ich Sie um eine gefällige Äußerung darüber bitten, welche Schritte Sie zu tun gedenken, die in solchem Falle mit den Pflichten eines Zentrumsanhängers von selbst geboten sind. Würden solche Schritte von Ihnen nicht in Aussicht gestellt werden, dann würde ich mich zu meinem Bedauern, im Interesse des Ansehens und der Würde der Zentrumsparlei, ge-

nötigt sehen, die mir erforderlich erscheinenden Maßnahmen zu treffen.“

Diesen in deutschnationalen Auftrag geschriebenen Brief verliest Dr. Wirth in der neuesten Nummer seiner Zeitschrift mit einem Kommentar, das als Antwort an Dr. Marx zu betrachten ist und in dem Wirth von seiner Königsberger Rede nicht nur nichts zurücknimmt, sondern seine Ausführungen noch bekräftigt. In diesem Kommentar heißt es u. a.:

„Ich stehe der heutigen Reichsregierung ablehnend gegenüber. Ich stehe zu ihr in Opposition. Dem wurde mehrmals deutlich Ausdruck gegeben. Mein „Nein“ ist unabweisbar. Wenn man also zu einer Regierung in Opposition steht, und das deutlich durch den Stimmzettel erklärt, so ist es ganz selbstverständlich, daß man diese Regierung möglichst bald gestürzt sehen will und alles tut, diese Regierung zu Fall zu bringen. Der Zeitpunkt ist damit noch nicht berührt, er liegt in der Entwicklung selbst beschlossen.

Wenn also die Zentrumsparlei glaubt, daß meine Oppositionsstellung mit der Zugehörigkeit zur Zentrumsparlei nicht vereinbar ist, so bitte ich um eine einfache klare Mitteilung darüber. Die nächsten Tage werden mich zu weiteren Besprechungen im Reich. Ich werde jetzt schon alles tun, um für die kommende Reichswahlbewegung die Republikaner zu wecken und zum Voranschritt zu mahnen und auch der Gruppe im Zentrum meine stehende Hand zu leihen, die eine stärkere Vertretung ihrer Meinungen in der Fraktion erstrebt. Von Herrn Marx kommt das interessante Wort: Die heutige Zentrumsfraktion entspricht nicht mehr der Zusammenfassung ihrer Wähler!“

Die Antwort von Wirth auf den geschickten Brief des Herrn Marx läßt an Klarheit und Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Jetzt kommt es darauf an! Am Freitag tagt der Parteiausschuss des Zentrums. Wird er sich für die deutschnationalen Wünsche gegen den Republikaner Wirth entscheiden, oder wird er den Weg des Kompromisses gehen, wie einst in Kassel? Wahrscheinlicher ist das letzte.

Der fehhafte Gehler

Von demokratischer Seite wird neuerdings wieder ein Gerücht registriert, nach dem Reichswehrminister Dr. Gehler zurücktreten will. Gehler hat wiederholt betont, daß er zurückzutreten gedenke, aber er hat niemals gesagt, wann diese Absicht Wirklichkeit werden soll. Auch das neueste Gerücht enthält darüber keine Aufklärung. Es dürfte deshalb ebensowohl wert sein wie seine Vorläufer. Fest steht, daß der Reichswehrminister im Anschluß an seine Reise durch Schleswig-Holstein einen Erholungsaufenthalt von vier Wochen antritt. Es ist kaum anzunehmen, daß er sich zu erholen gedenkt, um zurückzutreten.